

KONTEXT: WOCHEZEITUNG

Ausgabe 761

Stadtteil-Debatte

Störgefühle

Von Johanna Henkel-Waidhofer

Datum: 29.10.2025

Friedrich Merz und sein Gefolge wollen im Vorübergehen erkennen, wer keinen Aufenthaltsstatus hat, nicht arbeitet und sich nicht an Regeln hält. Davon wird kein Stadtteil besser. Eine Gruppe SPD-Abgeordneter präsentiert nun konkrete Vorschläge und fordert mehr Geld für Kommunen.



Verbessert das Stadtteil erheblich: eine sachgemäße Kippenstummelentfernung. Foto: Julian Rettig

Da zeigt sich doch mal der Unterschied in der Herangehensweise: Während Jens Spahn, Unionsfraktionschef im Bundestag, in der ziemlich turbulenten Debatte um Aufenthaltsqualität, Angstgefühle und Abschiebungen einen "linken Empörungszirkus" erkennt, machen zehn SPD-Bundestagsabgeordnete Nägel mit Köpfen. Sie verlangen einen "Stadt der

"Zukunft"-Gipfel im Kanzleramt, "präzise Analyse statt Ressentiments", und sie haben [einen Acht-Punkte-Plan](#) vorgelegt. Der sieht unter anderem zusätzliche Drogenkonsumräume vor, mobile Gesundheitsdienste, intensive Sozialarbeit, mehr Grünflächen, Wasserstellen, Sitzgelegenheiten, Märkte, Kultur- und Sportangebote im öffentlichen Raum, klare Regeln gegen Vermüllung, Pfandsysteme in der Außengastronomie. Und natürlich mehr Geld, weil die Kommunen für ihre Projekte eine gesicherte Finanzierung brauchen.



Ministerin Nicole Razavi müsste inzwischen wissen, was Innenstädte attraktiver macht. Foto: Jens Volle

Baden-Württembergs CDU-Ministerinnen Nicole Hoffmeister-Kraut (Wirtschaft) und Nicole Razavi (Wohnen) könnten solche Ideen eigentlich sogleich offensiv verknüpfen mit den eigenen. Vor einem Jahr haben sie untersuchen lassen, was wichtig ist für die Attraktivität von multifunktionalen Innenstädten, welchen Einfluss Müll und Beleuchtung oder die "gezielte Bespielung" von Aufenthaltsräumen auf die Atmosphäre haben, und wie sogenannte Angsträume abgebaut werden können. "Die Innenstadt ist ein Gemeinschaftsprojekt und ein Raum für alle, in welchem dem Faktor Mensch eine entscheidende Rolle zukommt", [schreibt das Autor:innenteam](#), dem Kommunalfachleute und Stadtplaner:innen angehören. Um soziale Vielfalt herbeizuführen, müsse ein verträgliches Neben- und Miteinander unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Einkommensschichten sichergestellt werden – und die Schaffung von Sicherheit für alle.

Wer in exklusiven City-Arealen Störgefühle entwickelt, weil sich andere oder neue gesellschaftliche Gruppen ihrer bemächtigen, ist ohnehin auf dem falschen Dampfer. Denn: "Migration wird auch als

Erfolgsfaktor gewertet, da in Teilen nur durch neue Bevölkerungsgruppen das 'Leben' in Innenstädten aufrechterhalten werden kann, ohne diese wäre ein umfassender Nutzungsmix nicht mehr vorzuhalten", heißt es in dem Gutachten weiter. Die Schnittmengen zu dem von der Mannheimer Bundestagsabgeordneten Isabel Cademartori mitverfassten SPD-Papier sind unübersehbar – etwa wenn "vielfältige Nutzungen" den Vorrang gegenüber "eintönigen 'Konsummeilen'" gegeben wird. Kommunen sollten Leerstände leichter nutzen dürfen und Gebäude für soziale, kulturelle oder sportliche Zwecke öffnen können. Hoffmeister-Kraut will die unbestritten vorhandene Brücke jedoch nicht nutzen, um gemeinsam vorzugehen. "Das Wirtschaftsministerium kommentiert keine parteipolitischen Initiativen", sagt eine Sprecherin auf Anfrage.

Viele Kommunen sind knapp bei Kasse

Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg arbeiten ohnehin bereits eng mit Polizei, Sicherheitsdiensten und Geschäftsinhaber:innen vor Ort zusammen. Allerdings ist oft das Geld knapp. Obwohl das Land finanziell noch immer vergleichsweise gut dasteht, sind zwischen Main und Bodensee nurmehr 97 der 1.101 Kommunen schuldenfrei. Die wesentlichen Gründe sind altbekannt: "Die Kommunen tragen ein großes Spektrum sozialer Aufgaben, die überwiegend bundesgesetzlich geregelt, aber oft nicht ausreichend vom Bund gegenfinanziert sind", [analysiert die Bertelsmann-Stiftung](#). Es braucht für Baden-Württemberg eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes, weil die Sozialausgaben binnen vier Jahren um 40 Prozent auf fast zehn Milliarden Euro anwuchsen.

Aus der Kriminalstatistik

Fakten zählen zu wenig. Gerade bei näherer Betrachtung der nachgeschobenen Erläuterung von Bundeskanzler Friedrich Merz für sein Stadtbild-Geschwurbel und der angeblichen Präzisierung durch die Formel "... und sich nicht an unsere Regeln halten". Baden-Württembergs Kriminalstatistik 2024 spricht eine klare Sprache: Die Zahl der durch Asylbewerber:innen und Flüchtlinge begangenen Straftaten ging mit gut 75.500 um fast vier Prozent zurück, der Anteil an den Tatverdächtigen um fünfeinhalb Prozent. Innenminister Thomas Strobl (CDU) könnte den Kanzler kontern mit solchen Zahlen. Oder mit seinem Standardsatz bei der alljährlichen Präsentation der Erhebungen, Baden-Württemberg sei eines der sichersten Bundesländer mit – die Pandemiejahre ausgenommen – immer weiter sinkender Kriminalitätsbelastung und steigender Aufklärungsquote. Und noch einer könnte sich zwecks Erhellung der Realität in Deutschland und Baden-Württemberg einmischen: Siegfried Lorek, der für Migration zuständige CDU-Staatssekretär im Justizministerium. Des Kanzlers ebenso hellsichtige wie kritische Erwähnung derjenigen, die "keinen Daueraufenthaltsstatus" haben, lässt ahnen, dass Merz [geduldete Menschen meint, also](#)

181.000 in der ganzen Bundesrepublik. Nach den amtlichen Zahlen sind in den vergangenen zehn Jahren aus dieser Gruppe mehr als 36.500 Menschen freiwillig ausgereist, fast 4.000 allein im laufenden Jahr. Seit 2014 wurden 24.000 abgeschoben, darunter rund 7.400 Straftäter. Geduldet leben rund 23.000 Menschen in Baden-Württemberg, aus – laut Justizministerium – nicht weniger als 19 unterschiedlichen Gründen: von Ausbildung über fehlende Reisedokumente bis hin zu gesundheitlichen oder familiären Gründen. (jhw)

Auf einem "Stadt der Zukunft"-Gipfel könnte also viel besprochen werden. Immerhin leben 64 Millionen Menschen in den bundesweit 2.000 Städten, die es wert wären, sich Gedanken darüber zu machen, ob statt übers diffuse "Stadtteil" über "öffentliche Räume" geredet werden müsste. Oder darüber, wie sich Furcht auch anlasslos verselbstständigen kann. Wenn es zu keinem Gipfel beim Kanzler kommt, könnte der Koalitionsausschuss oder eine Arbeitsgruppe aus CDU, CSU und SPD sich überhaupt erst einmal auf ein gemeinsames Verständnis von "Stadtteil" verständigen. "Es braucht Klarheit in dieser Debatte", schreiben die MdBs. "Für alle Menschen in unseren Städten."

Geht es aber nach Steffen Bilger, dem parlamentarischen Geschäftsführer der Unionsfraktion, braucht es genau das nicht. Kaum war das SPD-Papier öffentlich, schlug Bilger die ausgestreckte Hand des Koalitionspartners aus. "Der Bundeskanzler hat die Problemlage klar benannt, eine weitere Erörterung ist nicht nötig", formulierte Bilger "heute-show"-reif. Dabei ließ er selbst erkennen, wie groß der Gesprächsbedarf ist. Der Bezirksvorsitzende der CDU-Nordwürttemberg kommt in einem SWR-Podcast auf den Ludwigsburger Solitudeplatz zu sprechen. Der wurde neulich zum Gegenstand eines Schreibens des über die Stadt hinaus bekannten Immobilienunternehmers Jürgen Pflugfelder an den parteilosen Oberbürgermeister Matthias Knecht, in dem er sich über die "trinkenden, rauchenden, rauschgiftkonsumierenden und pöbelnden Männer" ausließ. Der Rathauschef hat sich der Problematik angenommen, die evangelische Kirche ist eingebunden und ein "Garten der Religionen" in Planung, Videoüberwachung wird geprüft. Die allerdings dürfte vermutlich nur in engen Grenzen möglich sein, weil wegen der etlichen dort angesiedelten Arztpraxen der Patient:innen-Verkehr für gewöhnlich ausgesprochen lebhaft ist.

Bilger schürt lieber weiter Ängste

Darüber hätte Bilger berichten können als positives Beispiel für die Reaktionen auf Missstände. Stattdessen schürt er lieber weiter Ängste, behauptet, dass sich "keiner mehr über den Platz traut, gerade in den Abendstunden", und schwadroniert über Störgefühle beim Anblick vollverschleierter Frauen. Er frage sich, teilt er mit, "ob, wer vollverschleiert durch sein Leben geht, an der richtigen Stelle ist in unserem Land". Natürlich weiß Bilger, dass die größte Niqab-Dichte der Republik auf Münchner Nobelmeilen wie der Maximilianstraße anzutreffen ist. Dass die Kundinnen aus reichen

Erdölstaaten das dortige Stadtbild prägen, lässt aber infolge ihrer Finanzkraft Störgefühle gar nicht erst aufkommen.



Die Mannheimerin Isabel Cademartori hat am SPD-Papier mitgeschrieben. Foto: Photothek Media Lab

Und natürlich weiß Bilger auch – er sitzt seit 2009 im Bundestag –, dass sich dessen Wissenschaftliche Dienste schon 2017 mit "bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtsverhüllung" befasst haben. Verbote im öffentlichen Raum wie in Frankreich oder Österreich wären demnach europarechtlich möglich. Die Bundesregierung könnte also einschreiten und Störgefühlen vorbeugen. Noch ein Thema, über das geredet werden könnte, um sich der nicht nur von den SPD-MdBs verlangten Klarheit anzunähern.

Die Behauptung von Merz und seinen Unterstützer:innen, dass bereits Klarheit bestehe, entkräftet ausgerechnet jene Umfrage, auf die sie sich berufen. "Der Bundeskanzler spricht aus, was die große Mehrheit der Deutschen denkt", tönte Jens Spahn. Das ZDF-Politbarometer hatte in der Tat ermittelt, dass 63 Prozent der von der Forschungsgruppe Wahlen Befragten der "Aussage zum

Stadtbild" beipflichten. Allerdings musste die Redaktion [im Kleingedruckten zurückrudern](#). "Wir hätten das deutlicher herausarbeiten sollen", räumt Moderator Stefan Leifert ein – die Fragestellung habe sich gar nicht auf die vage erste Äußerung, sondern auf die Nachbesserung bezogen.

Merkel mahnt maßvollen Ton an

Sähen des Kanzlers versammelte Advokat:innen genauer hin, hätte sich selbst ihnen eine Widersprüchlichkeit sofort erschließen müssen. Denn zugleich gaben 66 Prozent der Befragten an, sich "an öffentlichen Orten und Plätzen in der Regel sicher zu fühlen". Was daran erinnert, dass Mehrheitsmeinungen für die Union keineswegs immer gelten – Stichwort Paragraf 218 und dessen Tilgung aus dem Strafgesetzbuch, die von 68 Prozent der Deutschen befürwortet wird. Wie Frauen mit Kopftüchern nicht in Spahns Stadt- oder Berlinbild passen, passt diese Umfrage nicht ins Weltbild seiner Union. Und schon fällt sie unter den Tisch. Die gegenwärtige Debatte dagegen ist noch lange nicht zu Ende. Allein die Protest-Petition, die vor einer Woche gestartet wurde mit dem Verweis auf Merz' Empfehlung, doch in Sachen Störgefühle die eigene Tochter zu fragen, [haben inzwischen eine Viertelmillionen Menschen unterschrieben](#).

Und die Bundeskanzlerin a.D. konnte es ebenfalls nicht lassen. Auf einer Lesung in Bonn griff Angela Merkel einfach zu einem passenden Zitat aus ihrem dicken Buch: "Die übergroße Mehrheit der Menschen hat ein untrügliches Gespür dafür, ob Politiker aus einem Kalkül handeln, ob sie sich sogar von der AfD gleichsam am Nasenring durch die Manege führen lassen, oder ob sie handeln, weil sie aufrichtig daran interessiert sind, Probleme zu lösen." Sie empfahl, "in der Sache redlich und im Ton maßvoll" zu agieren. Die Adressat:innen dieses Appells musste sie namentlich nicht nennen. Das begeisterte Auditorium wusste auch so Bescheid.

Wir brauchen Sie!

Kontext steht seit 2011 für kritischen und vor allem unabhängigen Journalismus – damit sind wir eines der ältesten werbefreien und gemeinnützigen Non-Profit-Medien in Deutschland. Unsere Redaktion lebt maßgeblich von Spenden und freiwilliger finanzieller Unterstützung unserer Community. Wir wollen keine Paywall oder sonst ein Modell der bezahlten Mitgliedschaft, stattdessen gibt es jeden Mittwoch eine neue Ausgabe unserer Zeitung frei im Netz zu lesen. Weil wir unabhängigen Journalismus für ein wichtiges demokratisches Gut halten, das allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein sollte – auch denen, die nur wenig Geld zur Verfügung haben. Eine solidarische Finanzierung unserer Arbeit ermöglichen derzeit 2.500 Spender:innen, die uns regelmäßig unterstützen. Wir laden Sie herzlich ein, dazugehören! Schon mit 10 Euro im Monat sind Sie dabei. Gerne können Sie auch einmalig spenden.